

JA**AM 9. JUNI
ZUM STROMGESETZ**

Voten an der Medienkonferenz vom 4. April 2024

Es gilt das gesprochene Wort.

Jakob Stark, Ständerat SVP

Technologieoffen und pragmatisch die Stromversorgung sichern

Am 9. Juni stimmen wir über das Stromgesetz ab. Dieses Gesetz ist ein hart erarbeiteter und breit abgestützter Kompromiss zwischen den Interessen der zukünftigen Stromversorgung unseres Landes und dem Natur- und Landschaftsschutz. Trotzdem haben kleinere Umweltorganisationen dagegen das Referendum ergriffen. Somit haben die Schweizer Stimmberechtigten die Möglichkeit, über den vorgeschlagenen pragmatischen Weg zur Sicherung der Stromversorgung der Schweiz und zur Produktion von mehr einheimischem Strom zu entscheiden.

Unbestritten ist, dass der Strombedarf steigt und noch kräftig ansteigen wird von heute rund 60 TWh pro Jahr auf rund 90 TWh pro Jahr im Jahre 2050. Und weil der Prozess des Ausstiegs aus den fossilen Energien in ganz Europa stattfindet, kann die Schweiz ihren Strombedarf immer weniger mit Stromimporten decken. Für die Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz ist es deshalb sehr wichtig, die Auslandabhängigkeit bei der Stromversorgung zu reduzieren und mehr inländischen Strom zu erzeugen.

Das Stromgesetz legt dafür die Grundlagen, indem es die Voraussetzungen für einen starken Ausbau der erneuerbaren Energien in den nächsten 5 – 15 Jahren legt. Mit der gleitenden Marktprämie führt das Stromgesetz auch ein neues Förderinstrument ein, das sicherstellt, dass die Gewinne bei Strompreisen über den Gestehungskosten an die Strombezügerinnen und -bezüger zurückfliessen. Die Gefahr von hohen Strompreisen droht grundsätzlich nur, wenn eine Strommangellage herrscht. Dies zu verhindern, ist das Ziel dieses Gesetzes. Denn wenn viel Strom produziert wird, sind die Strompreise automatisch tief!

Zwei wichtige Grundsätze sind mir persönlich sehr wichtig: Die Technologieoffenheit und die Mitbestimmung der Standortgemeinden.

Das Stromgesetz ermöglicht den Zubau aller erneuerbaren Energien, also Strom aus Wasser, Sonne, Wind, Biomasse oder Geothermie. Technologieoffen heisst für mich zudem, dass für den Ausstieg aus den fossilen Energien später auch weitere CO₂-freie Energiearten möglich sein sollen wie beispielsweise die Kernenergie. Die Aufhebung des Verbots von neuen Kernkraftwerken ist meines Erachtens in den nächsten Jahren ernsthaft zu prüfen als ideale Ergänzung zum Stromgesetz für eine zusätzliche Absicherung der Stromversorgung ab 2040.

**JA****AM 9. JUNI
ZUM STROMGESETZ**

Die Mitbestimmung der Standortgemeinden ist vom vorliegenden Stromgesetz nicht betroffen. Die Gemeinden sind zuständig für die nötigen Änderungen der Nutzungsordnung zum Bau von Windkraftanlagen und alpinen Solaranlagen. Die Kantone bezeichnen die Eignungsgebiete für solche Anlagen in den Richtplänen. Innerhalb der Eignungsgebiete legen die Gemeinden spezielle Zonen fest, in denen dank einer separaten Nutzungsordnung der Bau von Windkraft- und alpinen Solaranlagen bewilligt werden kann. Bei Wasserkraftanlagen ist die Gemeindezuständigkeit über das Konzessionsverfahren gewährleistet.

Ich komme deshalb überzeugt zum Schluss, dass ein JA zum Stromgesetz ein wichtiger pragmatischer Schritt, ein massvoller Kompromiss und eine grosse Chance ist zur Sicherung der Stromversorgung der Schweiz. Weitere werden zum richtigen Zeitpunkt folgen müssen.

Beat Rieder, Ständerat Die Mitte

Gemäss den mündlichen Ausführungen an der Medienkonferenz

Aline Trede, Nationalrätin Grüne

Die Energiewende in Einklang mit Natur- und Landschaftsschutz ist möglich

Die Schweiz muss schnellstmöglich ihr gesamtes Energiesystem von den fossilen Energien unabhängig machen, sofern sie die Klimaziele erreichen will. Das Stromgesetz ist ein erster wichtiger Schritt, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien mit den Anliegen des Naturschutzes in Einklang gebracht werden kann. Der Ansatz des Stromgesetzes ist gut und klar: Priorität dort, wo der Nutzen gross und der Schaden gering ist.

Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, muss die Schweiz ihr Energiesystem dekarbonisieren. Das hat unter anderem zur Folge, dass der Strombedarf zunimmt. Wir brauchen deshalb einen massiven Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion, insbesondere der Solarenergie. Der Klimaschutz darf jedoch nicht auf Kosten der Biodiversität gehen.

Die wichtigsten Punkte dazu sind folgende:

- **Energieeffizienz:** Die umweltfreundlichste Energie ist die Energie, die nicht verbraucht wird. Die Schweiz muss darum in die Energieeffizienz investieren. Es braucht breitere wirkungsvolle Energieeffizienzprogramme, Wärmedämmung bei Gebäuden müssen stärker gefördert und Verbrauchsstandards gemäss neuestem Stand der Technik verschärft werden. Im Stromgesetz ist die Energieeffizienz zum ersten Mal gesetzlich verankert.
- **Solarenergie:** Neu soll Standard sein, dass Dächer und grundsätzlich auch Fassaden von neuen und bestehenden Gebäuden mit Solaranlagen ausgestattet werden. Dabei soll jeweils die gesamte Dachfläche genutzt werden. Solarenergie an den Fassaden birgt in der Schweiz noch ein grosses Potential. Da müssen bürokratische Hürden schnell abgebaut werden.

JA**AM 9. JUNI
ZUM STROMGESETZ**

- Das Potenzial für Solaranlagen auf geeigneten bestehenden Infrastrukturen muss möglichst vollständig ausgeschöpft werden.
- Für landschaftlich weniger sensible Gebiete sollen die planungsrechtlichen Grundlagen für die Zulassung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Landwirtschaft (Agri-PV) erarbeitet werden. Dies, um entsprechende Pilotanlagen zu realisieren und erste Erfahrungen zu sammeln. Ein besonderes Augenmerk bei der Evaluation muss auf den Einfluss auf den landwirtschaftlichen Ertrag gelegt werden.
- Nicht nur deswegen können Landwirt*innen zu Energiewirt*innen werden. Dank dem Stromgesetz ist die Zuleitung, der Ausbau und die Kosten dafür klarer geregelt.
- Photovoltaik-Freiflächenanlagen in den Alpen sollen möglich sein, jedoch nur, unter gewissen Bedingungen – so wie dies heute schon der Fall ist: Es bestehen nur geringe Konflikte zu einer landwirtschaftlichen Nutzung; der Standort ist nahe bestehender Infrastrukturen und gut erreichbar; kein negativer Einfluss auf die Biodiversität.
- **Windkraft:** Zusätzliche Windkraftanlagen an geeigneten Standorten machen auf jeden Fall Sinn – jedoch nicht an als besonders schützenswerte Landschaften eingestuften Standorten. Dies wird mit dem Stromgesetz geregelt und ausgeschlossen. Wenige grosse Anlagen sind vielen kleineren vorzuziehen. Die lokale Bevölkerung muss beim Standortentscheid miteinbezogen werden. Weiter soll sie die Möglichkeit zur genossenschaftlichen Beteiligung an den Anlagen erhalten.
- **Wasserkraft:** Der wichtigste Punkt des Stromgesetzes ist die Wasserkraft. Die Umsetzung der 15 Projekte des Runden Tisches Wasserkraft muss rasch erfolgen. Das dies fundiert sind zeigt die Zustimmung der grossen Umweltverbände zum Stromgesetz.
- Vor allem die Wasserreserve wird für den Winter von entscheidender Bedeutung sein. Auch dies im Stromgesetz klar geregelt.

Roger Nordmann, Conseiller national PS

Surmonter les blocages et construire les solutions

Cette loi sur l'électricité permet de surmonter les blocages et de construire les solutions.

Sans électricité, pas de protection du climat, ni de prospérité. Notre pays aura besoin de plus d'électricité au cours des prochaines années, pour remplacer le courant des centrales nucléaires vieillissantes, pour faire fonctionner les pompes à chaleur, pour entraîner les voitures électriques et pour décarboner l'industrie.

Fondamentalement, cette loi construit un approvisionnement électrique basé sur 3 piliers principaux:

1. **le premier pilier c'est le renforcement de l'hydroélectricité**, spécialement pour le stockage saisonnier, car c'est la forme de stockage la plus écologique, avec 100% d'efficacité.
2. **le 2e pilier, c'est l'énergie photovoltaïque**, parce qu'elle est très populaire dans notre pays et très bien acceptée sur les toits et les infrastructures. Elle assure désormais 10% de l'électricité, un chiffre en croissance de 2 pourcents par année actuellement.
3. **Le 3e pilier, c'est l'efficacité**, parce que l'énergie économisée est la moins chère et la moins risquée.

Et pour atteindre ces objectifs :

Nous devons maintenant investir pour construire cet approvisionnement de demain, comme nos grands-parents ont autrefois construit les grands barrages ou nos parents les transversales alpines. Il en va de la sécurité énergétique, mais aussi de la réduction progressive des achats de gaz et de pétrole, qui ont coûté la somme astronomique de 22 mrd en 2022 !

Cette loi améliore la planification pour y parvenir, et réoriente les moyens vers les investissements. Il n'y a pas d'augmentation de la taxe de financement dite « RPC ». Par contre, nous avons décidé de nous éloigner de la bourse, en favorisant les contrats à long terme qui permettent l'investissement et garantissent un prix et juste pour les consommateurs finaux.

Surmonter les blocages et dire oui aux solutions, c'est d'ailleurs ce que nous avons fait au Parlement, avec la même attitude constructive que le Conseil fédéral dans la phase pré-parlementaire. On rappellera ici que cette loi est née de la table ronde sur l'hydroélectricité, initiée par l'ancienne conseillère fédérale Simonetta Sommaruga, et à laquelle participait le futur conseiller fédéral Albert Rösti.

Dans le domaine des infrastructures énergétiques, dont le temps de réalisation est long, il est vital de faire des concessions et des compromis pour permettre à notre pays d'avancer. C'est dans cet état d'esprit que la loi a été acceptée à l'unanimité du Conseil des états et approuvée par 177 oui contre 19 non au Conseil national.

La question que pose ce référendum sur l'énergie est simple : voulons-nous améliorer la situation, de manière pragmatique, ou tomber dans la paralysie ? Pour ma part, je suis persuadé que le peuple saluera les efforts accomplis par toutes les forces politiques pour dépasser les blocages et qu'il dira OUI aux solutions !

Jacqueline de Quattro, Conseillère nationale PLR

Dans le cadre de la transition écologique, la Suisse s'est engagée à diversifier ses sources d'énergie, pour faire baisser la part des énergies fossiles dans la production électrique du pays. La priorité est désormais donnée aux énergies renouvelables et l'électricité y a une part belle !

L'électricité est en effet plus efficace que les énergies fossiles. Si les véhicules, les chauffages et autres appareils sont électrifiés, la consommation totale d'énergie diminue, malgré l'augmentation de la consommation d'électricité. Un avantage certain qui contribue à l'efficacité énergétique. Car si la production d'énergies indigènes est le 1er pilier de la sécurité d'approvisionnement, l'efficacité énergétique en est le 2e.

La loi sur l'électricité prévoit ainsi des directives contraignantes à l'intention des entreprises d'approvisionnement en énergie afin qu'elles mettent en œuvre des mesures d'efficacité, dans l'intérêt des consommateurs. Ce qui permet aux consommateurs d'économiser non seulement de l'électricité, mais aussi de l'argent. Les entreprises d'approvisionnement en énergie doivent aussi acquérir l'électricité en prenant le moins de risques possible afin de protéger, les consommateurs contre de trop grandes fluctuations de prix.

La loi sur l'électricité s'inscrit ainsi dans la continuité du vote de juin 2023 sur la loi sur le climat. Les Suisses ont dit oui à 59,1%. Un résultat très clair. Ensemble, ces deux lois contribuent à ce que nous nous éloignons enfin des énergies fossiles, qui représentent aujourd'hui 80 % de nos consommations d'énergie : gaz russe, pétrole arabe.

Parlons un peu de l'épouvantail (ou du souffre-douleur) de la transition énergétique. Celui qui, selon les opposants, réunirait toutes les tares. La Stratégie énergétique 2050, voulu par le peuple en 2017, prévoit à l'horizon 2050, 4 TWh de production éolienne. Car le potentiel est là. Or nous en sommes bien loin. Aujourd'hui, nous sommes à 0.2 TWh. Pourquoi ? Parce que nous n'avons que 47 éoliennes dans notre pays. Et encore, depuis peu. Pendant ce temps, l'Autriche en a érigé 1300. Leurs paysages ne sont pourtant pas moins dommage que les nôtres. Et à ma connaissance, ils ne déplorent ni recul massif des touristes ni hécatombe d'oiseaux. L'éolien couvre actuellement 16% de la consommation d'électricité en Europe et cette part va croissante. Alors, qu'est-ce qui ne va pas chez nous ?

Le dernier parc éolien inauguré à Sainte-Croix l'année dernière, a mis... 25 ans ! à voir le jour. Malgré l'acceptation de la commune. J'ai vécu une épidémie de « recourite » comme j'en ai rarement connue comme ministre de l'énergie et de l'environnement. J'ai à peu près tout entendu. Les éoliennes décimeraient aussi bien les oiseaux que les chauves-souris, incapables d'éviter un obstacle, comme chacun le sait. Les hamsters mourraient dans leurs cages (sic). Le lait des vaches tournerait. Les ombres stroboscopiques rendraient fous. Les ondes des éoliennes auraient aussi des conséquences néfastes sur le comportement de l'humain.

Bref, le débat est très émotionnel. Revenons-en aux faits : La Suisse a un potentiel de vent intéressant et les technologies se sont beaucoup améliorées ces dernières années. L'éolien produit les deux tiers de notre électricité en hiver. La force du vent est ainsi complémentaire à nos parcs photovoltaïques et à nos barrages. L'éolien a bel et bien sa place dans le mix énergétique suisse.

Comme l'a très bien dit ma collègue Aline Trede, personne ne veut des éoliennes n'importe où, n'importe comment dans notre beau paysage. Il y aura toujours des pesées d'intérêts. En conclusion, Mesdames et Messieurs, dans le contexte géopolitique actuel, nous avons besoin de toutes les sources d'énergie renouvelables et de davantage d'efficacité pour assurer pour la sécurité de notre approvisionnement.

JA**AM 9. JUNI
ZUM STROMGESETZ**

Jürg Grossen, Nationalrat GLP

Das Stromgesetz ist ein gelungener Kompromiss des Parlaments, welcher zum raschen Ausbau der einheimischen Energien führt. Neben der Wasserkraft, Wind und Biomasse ist vor allem die Solarenergie ein zentraler Pfeiler des geplanten Ausbaus. Bereits im 2024 wird 10% des jährlichen Stromverbrauches aus Photovoltaikanlagen stammen, in vier Jahren werden es bei gleichbleibendem Zubau rund 20 % sein, wie Energieminister Albert Rösti kürzlich anlässlich der PV-Tagung von Swissolar aufgezeigt hat. Um diesen raschen Zubau zu ermöglichen, braucht es ein Ja zum Stromgesetz am 9. Juni.

Bei der Solarenergie sind alpine PV-Anlagen und solche an Infrastrukturen ein spannendes neues Feld, der mengenmässig grösste und am schnellsten realisierbare Zubau ist jedoch auf und an Gebäuden zu erwarten. Und genau hier beinhaltet hat das Stromgesetz entscheidende Massnahmen.

Dank neuen Quartierstromlösungen mit sogenannten virtuellen Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch und lokalen Elektrizitätsgemeinschaften kann Solarstrom direkt in der nahen Umgebung verbraucht werden, ohne dass man für nicht benutzte Stromnetze im Übermass bezahlen muss. Endlich können damit auch Mieterinnen und Mieter von günstigem Solarstrom aus der eigenen Gemeinde profitieren. Eine echte Demokratisierung der Energiewende!

Zudem werden Batteriespeicher – analog der Pumpspeicher – vom Netzentgelt befreit, wenn sie Strom aus dem Netz beziehen und wieder ins Netz einspeisen. Zudem wird das bidirektionale Laden/Entladen von Elektroautos, welche in Zukunft einen riesigen Speicher darstellen, ermöglicht. Eine optimale dezentrale Stromspeicherung entlastet die Stromnetze massiv und minimiert die Verluste.

Weil Solarenergie bei schlechtem Wetter und im Winterhalbjahr nur in reduziertem Umfang produziert (aber selbst dann noch 25 bis 30 %!), haben wir im Gesetz zahlreiche Anreize für die Steuerung und Speicherung gesetzt, um eine rundum sichere Versorgung zu garantieren. Alle diese Lösungen machen die Energiewende insgesamt sicher und für die Konsumentinnen und Konsumenten bezahlbar. Das Stromgesetz ermöglicht eine stabile einheimische Stromproduktion, mehr Winterstrom und eine angemessene Berücksichtigung von Natur und Landschaft.

Das Stromgesetz ist von höchster Bedeutung um unser Land in eine fossilfreie, CO₂-neutrale und mit erneuerbarem Strom versorgte Zukunft zu führen. Die einheimischen erneuerbaren Energien wie Wasser, Solar, Wind und Biomasse werden damit stark aus- und Hürden abgebaut. Mit dem Stromgesetz unterstützen wir auch die Schweizer Wirtschaft und behalten eine hohe Wertschöpfung in unserem Land, anstatt wie heute den grössten Teil der Energie zu importieren. Mit einem Ja zum Stromgesetz am 9. Juni sichern wir unsere Stromversorgung für die nächsten Jahrzehnte und profitieren alle davon. Besten Dank.